

Studie: Personen in fester Partnerschaft und mit Kindern sind während der Coronakrise zufriedener

Untersuchung der Hochschule Osnabrück zeigt, wie sich der Umgang mit der Coronakrise auf die Solidarität und Vorurteile auswirkt und was für unsere Zufriedenheit in der Ausnahmesituation der vergangenen Monate wichtig ist.

Personen, die in einer festen Partnerschaft leben oder mit Kindern, ging es in den zurückliegenden Wochen der Coronakrise mit den strikten Einschränkungen des öffentlichen Lebens besser. Das ist eines der Ergebnisse einer Studie an der Hochschule Osnabrück. „Grundsätzlich hat sich die Wohnsituation, ob also eine oder mehrere Personen in einem Haushalt leben – zum Beispiel in einer WG – nicht signifikant auf die Zufriedenheit ausgewirkt“, erläutert Wirtschaftspsychologin Prof. Dr. Petia Genkova. Der Beziehungsstatus und ob die Befragten Kinder hatten, machte hingegen einen nachweisbaren Unterschied. „Personen, die einen festen Partner hatten, zeigten ein höheres ‚well-being‘ als diejenigen ohne Partner“, heißt es in der Studie. „Das gilt übrigens auch für Menschen, die in Fernbeziehungen leben“, ergänzt Genkova. Personen mit Kindern gaben zudem eher an, zufrieden zu sein als diejenigen ohne.

Für die Querschnittsstudie wurden deutschlandweit 310 Personen zwischen dem 23. März und dem 15. April befragt, in einem Zeitraum also, in dem bundesweit strikte Ausgangsbeschränkungen galten. Für die Erhebung wurde eigens ein Fragebogen entwickelt, um die Einstellung zu kultureller Vielfalt in der Krise zu messen. Das übergeordnete Ziel der Untersuchung war es, herauszufinden, wie sich der Umgang mit der Coronakrise sowohl auf die Solidarität untereinander auswirkt, als auch auf Vorurteile gegenüber Gruppen, denen man nicht selber angehört.

„Wir haben die Hypothese aufgestellt, dass die Wahrnehmung eines Konfliktes zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in der Krise sowie Angst und Unsicherheit die soziale Distanz zu anderen Gruppen und auch Vorurteile verstärken“, berichtet Genkova. Diese Hypothese habe sich bestätigt.

Schon in den großen europäischen Krisen der vergangenen Jahre, der Finanzkrise und der Flüchtlingskrise, sei der Anstieg von Vorurteilen und Diskriminierung thematisiert worden, berichten Genkova und Henrik Schreiber, Mit-Autor der Studie. „In der Coronakrise zeigen sich nun schon nach wenigen Wochen Analogien.“

Genkova und Schreiber verbinden die Studie deshalb mit der Aussage, „dass die öffentliche Betonung von Gruppenkonflikten in der Krise Vorurteile und soziale Distanz potenziell steigern und damit die Demokratie und ihre Werte gefährden können“. Um als demokratische Gesellschaft gestärkt aus der Krise hervorzugehen, sei demonstrierter Zusammenhalt wichtig.